

Adriaans, Jule; Liebig, Stefan

Article

Ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland grundsätzlich akzeptiert aber untere Einkommen werden als ungerecht wahrgenommen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Adriaans, Jule; Liebig, Stefan (2018) : Ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland grundsätzlich akzeptiert aber untere Einkommen werden als ungerecht wahrgenommen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 85, Iss. 37, pp. 801-807,
https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-37-1

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/182135>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland grundsätzlich akzeptiert aber untere Einkommen werden als ungerecht wahrgenommen

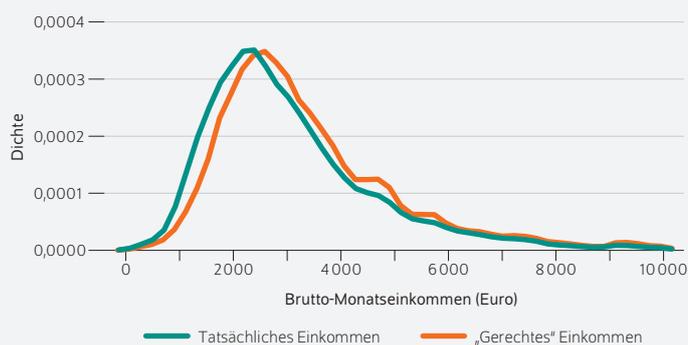
Von Jule Adriaans und Stefan Liebig

- Wissenschaft kann nicht bewerten, ob die Einkommensverteilung gerecht ist aber Befragungen erlauben Rückschlüsse auf empfundene Einkommensgerechtigkeit
- Die als gerecht empfundenen Bruttoerwerbseinkommen wären nicht weniger ungleich verteilt; niedrige und mittlere Einkommen würden steigen
- Überwältigende Mehrheit der Befragten nimmt untere Einkommen als zu niedrig wahr; 38 Prozent bewerten hohe Einkommen als zu hoch
- Empfundene Ungerechtigkeit geht mit Resignation am Arbeitsplatz und Verzicht auf politische Teilhabe einher
- Politik sollte die empfundene Einkommensgerechtigkeit berücksichtigen und bei den niedrigen Einkommen ansetzen

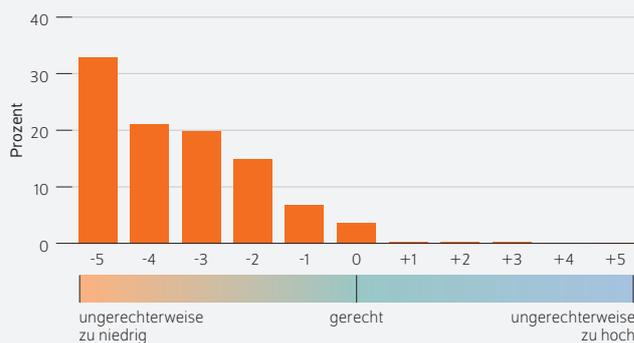
Auch gerechte Einkommen wären ungleich verteilt, aber geringe Einkommen würden steigen. Insgesamt gelten niedrige Einkommen als ungerecht.

Basierend auf Antworten zur Frage nach dem eigenen gerechten Einkommen und zur Bewertung niedriger Einkommen in Deutschland

Tatsächliche und „gerechte“ Einkommensverteilung im Vergleich



Bewertung der Gerechtigkeit niedriger Bruttoeinkommen (durchschnittlich 1200 Euro im Monat)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von SOEP v32 (DOI: 10.5684/soep.v32), LINOS-2.

Anmerkung: Die Abbildung links beruht auf gepoolten Daten aus den Jahren 2009, 2011, 2013 und 2015 (N = 28 455). Die Einkommenswerte sind inflationsbereinigt auf dem Preisniveau von 2009. Abgebildet ist die geglättete Einkommensverteilung für Vollzeitbeschäftigte (Kerndichteschätzung). Aus Darstellungsgründen wurden monatliche Bruttoeinkommen über 10 000 Euro von der Berechnung der Dichtefunktion ausgeschlossen.

© DIW Berlin 2018

ZITAT

"Die unteren Einkommen werden von einer sehr großen Mehrheit der Bevölkerung als ungerecht niedrig wahrgenommen. Interessanterweise sagt bei den hohen Einkommen nur ein Drittel der Befragten, dass diese ungerechterweise zu hoch sind."

— Stefan Liebig, Studienautor —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Stefan Liebig
www.diw.de/mediathek

Ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland grundsätzlich akzeptiert aber untere Einkommen werden als ungerecht wahrgenommen

Von Jule Adriaans und Stefan Liebig

ABSTRACT

Einkommensunterschiede stehen in Deutschland immer wieder im Fokus öffentlicher Debatten. Daten von Beschäftigten aus der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) und einer separaten Studie (LINOS) zeigen: Dass es Ungleichheiten im Erwerbseinkommen gibt, wird tendenziell als gerecht wahrgenommen; dennoch empfindet ein substantieller Anteil der Befragten die aktuelle Verteilung der Bruttoerwerbseinkommen in Deutschland als ungerecht. Dies trifft vor allem auf die Mitte und das untere Ende der Einkommensverteilung zu: Eine breite Mehrheit der Befragten bewertet die niedrigen und mittleren Erwerbseinkommen insgesamt als zu niedrig. Hohe Einkommen werden dagegen viel seltener als ungerecht empfunden. Die Analyse zeigt, dass wahrgenommene Ungerechtigkeiten im oberen Bereich der Einkommensverteilung mit der Reduktion der eigenen Anstrengungen am Arbeitsplatz einhergehen, empfundene Ungerechtigkeit am unteren Ende der Einkommensverteilung hingegen mit dem Rückzug aus dem demokratischen Meinungsbildungsprozess.

Die Entwicklung der Einkommensunterschiede in Deutschland ist regelmäßig Gegenstand öffentlicher Debatten. Dabei wird mit Verweis auf die gesellschaftsgefährdenden Folgen ungleicher Erwerbseinkommen oft gefordert, dass die Politik in die Einkommensverteilung eingreift.¹ Auch wenn diese Forderung zunächst überzeugend klingt, zeigt die wissenschaftliche Literatur, dass der behauptete Zusammenhang von Einkommensungleichheiten und negativen gesellschaftlichen Folgen nicht eindeutig belegt ist.² Ungleichheiten in den Erwerbseinkommen können – sowohl im Zeit- als auch im Ländervergleich – sowohl ökonomisches Wachstum und politische Stabilität fördern, als auch beide schwächen.

Eine Erklärung für diese divergierenden Befunde ist, dass die Folgen von Einkommensungleichheiten auch davon abhängen, ob sie von den Bürgerinnen und Bürgern als gerecht oder ungerecht empfunden werden. Ungleichheiten müssen nämlich nicht notwendigerweise ungerecht sein. Dies ist der Fall, wenn das Maß an Ungleichheit in Einklang mit den in einer Gesellschaft anerkannten normativen Leitprinzipien steht. So fordert das in westlichen Gesellschaften fest verankerte Leistungsprinzip, denjenigen mehr Lohn zuzuweisen, die mehr Leistung erbringen und sich mehr anstrengen. Orientiert sich die Zuweisung des Einkommens an derartigen Kriterien, so ist das Einkommen zwar ungleich verteilt, aber diese Ungleichheit gilt als gerecht, weil sie das Ergebnis der Anwendung anerkannter Regeln ist.³ Die bisherige Forschung zeigt, dass als gerecht wahrgenommene Verteilungen das subjektive Wohlbefinden steigern und Verhaltensweisen befördern, mit denen die zugrundeliegenden politischen oder ökonomischen Strukturen unterstützt werden – in diesem Fall gefährden Ungleichheiten nicht den

¹ OECD (2011): *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*. Paris: OECD Publishing.

² Für eine Übersicht zur Befundlage zu Ungleichheit und Zufriedenheit siehe zum Beispiel Andrew E. Clark und Conchita D'Ambrosio (2015): *Attitudes to Income Inequality: Experimental and Survey Evidence*, in: Anthony B. Atkinson und Francois Bourguignon (Hrsg.): *Handbook of Income Distribution*, Vol. (2), Kapitel 13, 1147–1208. Zu Ungleichheit und Wachstum siehe zum Beispiel Hanne Albig et al. (2017): *Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst*, DIW Wochenbericht Nr. 10 (online verfügbar, abgerufen am 3. September 2018). Die Folgen von Ungleichheit werden auch thematisiert in Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2016): *Zeit für Reformen – Jahresgutachten 2016/2017* (online verfügbar, abgerufen am 4. September 2018).

³ Carsten Sauer, Peter Valet und Stefan Liebig (2016): *Welche Lohnungleichheiten sind gerecht? Arbeitsmarktbezogene Ursachen von Lohnungleichheit und die wahrgenommene (Un-)Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 68, 619–645.

gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern befördern ihn eher, indem sie sicherstellen, dass die Menschen sich am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft engagieren.

Der pauschale Verweis auf gesellschaftsgefährdende Folgen von Einkommensungleichheiten ist demnach zu undifferenziert. Um die gesellschaftlichen Folgen von Einkommensungleichheiten empirisch einschätzen zu können, muss erstens geprüft werden, in welchem Ausmaß Ungleichheiten in den Erwerbseinkommen überhaupt als ungerecht wahrgenommen werden und zweitens, welche Konsequenzen im Verhalten der Bürgerinnen und Bürgern zu erwarten sind, wenn sie die bestehenden Ungleichheiten in den Erwerbseinkommen als ungerecht wahrnehmen. Diesen beiden Fragen widmet sich dieser Bericht auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und einer separaten Beschäftigtenumfrage (Kasten 1).

Die Einkommen in einer gerechten Welt wären nicht weniger ungleich

Gerechtigkeit ist ein normatives Konzept und basiert auf Werturteilen. Ob Einkommensungleichheiten gerecht oder ungerecht sind, lässt sich demnach nicht wissenschaftlich bestimmen. Was aber empirisch untersucht werden kann ist, ob und unter welchen Bedingungen Einkommensungleichheiten in der Bevölkerung als gerecht oder ungerecht beurteilt werden und welche Konsequenzen damit verbunden sein können.

Um Auskunft über die Vorstellung über eine gerechte Einkommensverteilung in einer Gesellschaft zu erhalten, kann man Erwerbstätige zunächst fragen, welches Erwerbseinkommen sie für sich selbst als gerecht ansehen würden. Aus diesen Angaben zur Höhe des eigenen gerechten Lohns erhält man die Verteilung von Erwerbseinkommen in einer gleichsam idealen Welt – einer Welt, in der jeder oder jede sich als gerecht entlohnt empfindet. Man kann diese „gerechte“ mit der faktischen Einkommensverteilung vergleichen und sehen, wie sich die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft ändern würde, wenn jeder das Einkommen erhält, das er oder sie als gerecht ansieht.

Die wahrgenommene (Un-)Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens wird seit dem Jahr 2009 alle zwei Jahre im SOEP erfragt. Befragte berichten sowohl ihr tatsächliches Bruttomonatseinkommen, als auch das Bruttomonatseinkommen, das sie als eine gerechte Entlohnung für ihre geleistete Arbeit ansehen. Daraus ergeben sich sowohl eine tatsächliche als auch eine ideale, „gerechte“ Verteilung der Bruttomonatseinkommen, die man gegenüberstellen kann (Abbildung 1). Die „gerechte“ Einkommensverteilung ist leicht nach rechts verschoben, das heißt, die Erwerbstätigen in Deutschland würden in einer „gerechten“ Welt mehr Gehalt für ihre Arbeit bekommen, vor allem bei niedrigen und mittleren Einkommen. Betrachtet man aber den Verlauf der Verteilung, so ist die Streuung der tatsächlichen und der als gerecht empfundenen Einkommen weitgehend identisch. Die „gerechte“ Verteilung folgt also keinem egalitären

Kasten 1

Datengrundlage

Die Analysen zur Gerechtigkeit des eigenen Einkommens basieren auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Alle weiteren Analysen basieren auf Daten der LINOS-Studie.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)

Das SOEP ist eine jährlich am DIW Berlin durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte und Personen in Deutschland.¹ Seit dem Jahr 2009 werden alle zwei Jahre auch Fragen zur Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens gestellt. Somit haben Erwerbstätige bereits viermal (2009, 2011, 2013 und 2015) die Gerechtigkeit ihres Einkommens bewertet. Die so erhobenen über 28 000 Angaben bilden die Grundlage für Abbildung 1.

LINOS-Studie

Die LINOS-Studie (Legitimation of INequality Over the life-Span) ist eine repräsentative Befragung von im Jahr 2011 sozialversicherungspflichtig beschäftigter Personen. Die Befragung wurde im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) geförderten Projektes „Strukturelle Bedingungen von Gerechtigkeitseinstellungen über den Lebensverlauf“ 2017 durchgeführt. Grundlage für die hier präsentierten Analysen sind Angaben von rund 2 400 Erwerbstätigen, die an der zweiten Welle der Befragung (LINOS-2) teilgenommen haben und zu ihren Gerechtigkeitseinstellungen befragt wurden.

¹ Jan Goebel et al. (2018): The German Socio-Economic Panel (SOEP). Journal of Economics and Statistics.

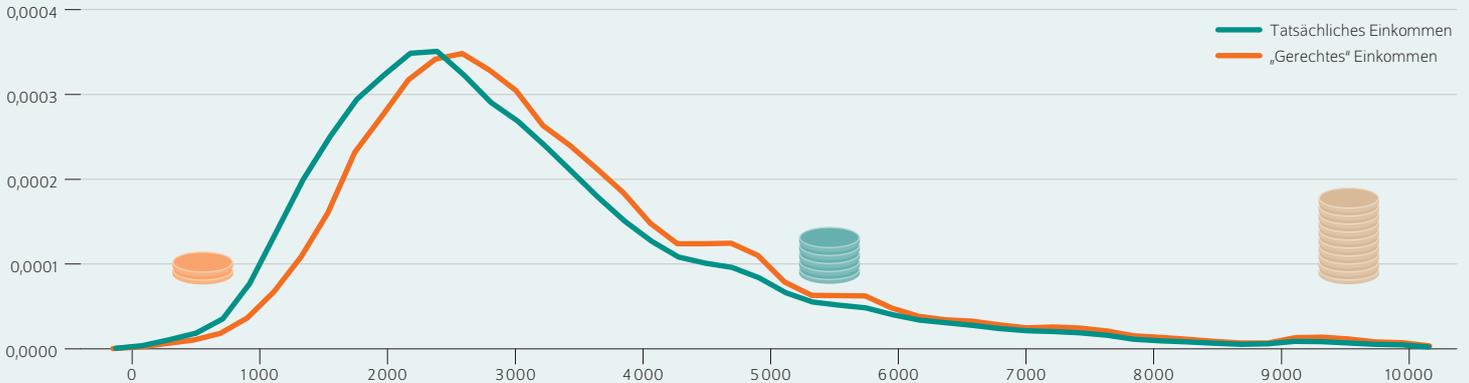
Verteilungsideal: Auch in einer „gerechten“ Welt würde es Einkommensungleichheiten geben. Würden die Befragten weniger Ungleichheit als gerecht empfinden, würde die Verteilung deutlich schmaler ausfallen.

Untere Einkommen werden von den meisten als ungerecht wahrgenommen

Auskunft über die bestehenden Vorstellungen über gerechte oder ungerechte Einkommensungleichheiten gibt auch die Bewertung der Einkommen anderer oder der gesellschaftlichen Einkommensverteilung durch die Befragten. Letzteres bietet die Möglichkeit, explizit die wahrgenommene Gerechtigkeit am oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung zu erfassen. Im Rahmen der LINOS-Studie sollten die Teilnehmenden auch die Nettoeinkommen der untersten und obersten zehn Prozent der Einkommensbezieherinnen und -bezieher, sowie die Einkommen im mittleren Bereich der Einkommensverteilung bewerten (Kasten 2).

Abbildung 1

Tatsächliche und „gerechte“ Einkommensverteilung im Vergleich
 Monatliches Bruttoeinkommen in Euro (x-Achse), Dichte (y-Achse)



Anmerkung: Die Abbildung beruht auf gepoolten Daten aus den Jahren 2009, 2011, 2013 und 2015 (N = 28 455). Die Einkommenswerte sind inflationsbereinigt auf dem Preisniveau von 2009. Abgebildet ist die geglättete Einkommensverteilung für Vollzeitbeschäftigte (Kerndichteschätzung). Aus Darstellungsgründen wurden monatliche Bruttoeinkommen über 10 000 Euro von der Berechnung der Dichtefunktion ausgeschlossen.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von SOEP v32 (DOI: 10.5684/soep.v32).

© DIW Berlin 2018

Auch in einer „gerechten“ Welt wären die Einkommen ungleich verteilt.

Kasten 2

Gerechtigkeitsbewertung der Einkommensverteilung

Teil der LINOS-Studie (Kasten 1) war auch die Bewertung der Gerechtigkeit der Einkommensverteilung. Die Bewertung erfolgte dabei in drei Schritten: Aufeinanderfolgend wurde eine Gerechtigkeitsbewertung der untersten und obersten zehn Prozent der Einkommensbezieherinnen und -bezieher, sowie der Einkommen im mittleren Bereich der Einkommensverteilung erfragt. Um die Bewertung hoher, mittlerer und geringer Einkommen über Personen hinweg vergleichbar zu machen, wurden zusätzliche Kontextinformationen zu den drei Einkommensstufen präsentiert. So wurde in den Fragen das entsprechende durchschnittliche Einkommen des zehnten, fünften und ersten Einkommensdezils sowie jeweils drei typischerweise in den drei Einkommensklassen vertretende Berufe ausgewiesen. Einkommensdezile, die für jedes Dezil spezifischen mittleren Bruttoeinkommen sowie die ausgewählten Beispielberufe wurden auf Grundlage von Daten der 32. Welle des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) bestimmt.¹ Für die Berechnung der Einkommensdezile wurden ausschließlich in Vollzeit und abhängig Beschäftigte berücksichtigt (Bruttoeinkommen). Es wurde jeweils ein frauen- und ein männerdominierter Beispielberuf ausgewählt sowie ein Beruf, in dem beide Geschlechter in etwa gleich häufig vertreten waren. ÄrztInnen, IngenieurInnen und UniversitätsprofessorInnen stehen beispielhaft für hohe Bruttoeinkommen von durchschnittlich 6 100 Euro im Monat. Als Beispiel für mittlere Einkommen werden Krankenschwestern bzw. Krankenpfleger, BuchhalterInnen und ElektrikerInnen aufgeführt, die im Schnitt 2 700 Euro im Monat verdienen. Für die niedrigen Einkommen werden Reinigungskräfte, FriseurInnen und PaketbotInnen

als Beispielberufe angeführt mit einem durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen von 1 200 Euro.

Die Bewertung erfolgte anhand einer elfstufigen Skala, die sowohl die Richtung als auch die Intensität der empfundenen Ungerechtigkeit widerspiegelt. Dieses Vorgehen ist angelehnt an die Justice Evaluation Function von Guillermina Jasso,² die gleichzeitig Richtung und Intensität der empfundenen Ungerechtigkeit erfasst. Der negative Wertebereich (–5 bis –1) entspricht einer Unterbezahlung, der positive Wertebereich (+1 bis +5) zeigt Überbezahlung an. Die Skalenmitte (0) steht für ein gerechtes Einkommen.

Wenn Sie einmal daran denken, was andere hier in Deutschland vor Steuern und Abgaben verdienen: Wie gerecht ist das Bruttoeinkommen derjenigen, die in Berufen mit hohen Einkommen vollzeitbeschäftigt sind, wie zum Beispiel Ärzte, Ingenieure oder Universitätsprofessoren, und die durchschnittlich 6 100 Euro im Monat verdienen? Würden Sie sagen, dass diese Einkommen gerecht, ungerechterweise zu niedrig, oder ungerechterweise zu hoch sind?

Mit den Werten zwischen –5 und +5 können Sie Ihre Meinung abstimmen.



¹ Jan Goebel et al. (2018): The German Socio-Economic Panel (SOEP). Journal of Economics and Statistics. Daten SOEP v32 (DOI: 10.5684/soep.v32).

² Guillermina Jasso (1978): On the Justice of Earnings: A New Specification of the Justice Evaluation Function, American Journal of Sociology, Vol. 83 (6), 1398–1419.

Für die Hälfte der Befragten sind Bruttoeinkommen von monatlich 6100 Euro, wie sie etwa ÄrztInnen, IngenieurInnen oder UniversitätsprofessorInnen in Deutschland verdienen, gerecht (Abbildung 2). Rund zwölf Prozent der Befragten sind der Meinung, ein solches Einkommen sei ungerechterweise zu niedrig. Rund 38 Prozent der Befragten sind der Meinung, Bruttoeinkommen von 6100 Euro seien ungerechterweise zu hoch.

Das umgekehrte Bild zeigt sich für das untere Ende der Einkommensverteilung. Niedrige Einkommen werden von der überwältigenden Mehrheit als zu gering eingeschätzt. Nur rund vier Prozent der Befragten bewerten ein durchschnittliches Brutto-Monatseinkommen von 1200 Euro, wie es beispielsweise Reinigungskräfte, FriseurInnen oder PaketbotenInnen erhalten, als gerecht oder sogar zu hoch. Die Intensität der empfundenen Ungerechtigkeit ist bei der Bewertung der untersten Einkommen besonders ausgeprägt. Auch die Mitte der Einkommensverteilung wird tendenziell als ungerecht bewertet. Nur für 16 Prozent der Befragten sind mittlere Einkommen von durchschnittlich 2700 Euro, wie sie zum Beispiel Krankenschwestern bzw. Krankenpfleger, BuchhalterInnen oder ElektrikerInnen verdienen, gerecht, während ein überwiegender Anteil von rund 81 Prozent eine ungerechte Unterbezahlung identifiziert. Damit zeigt sich ein Muster wie es bereits in Abbildung 1 sichtbar war: Die meisten fänden eine Anhebung der unteren und mittleren Einkommen gerechter.

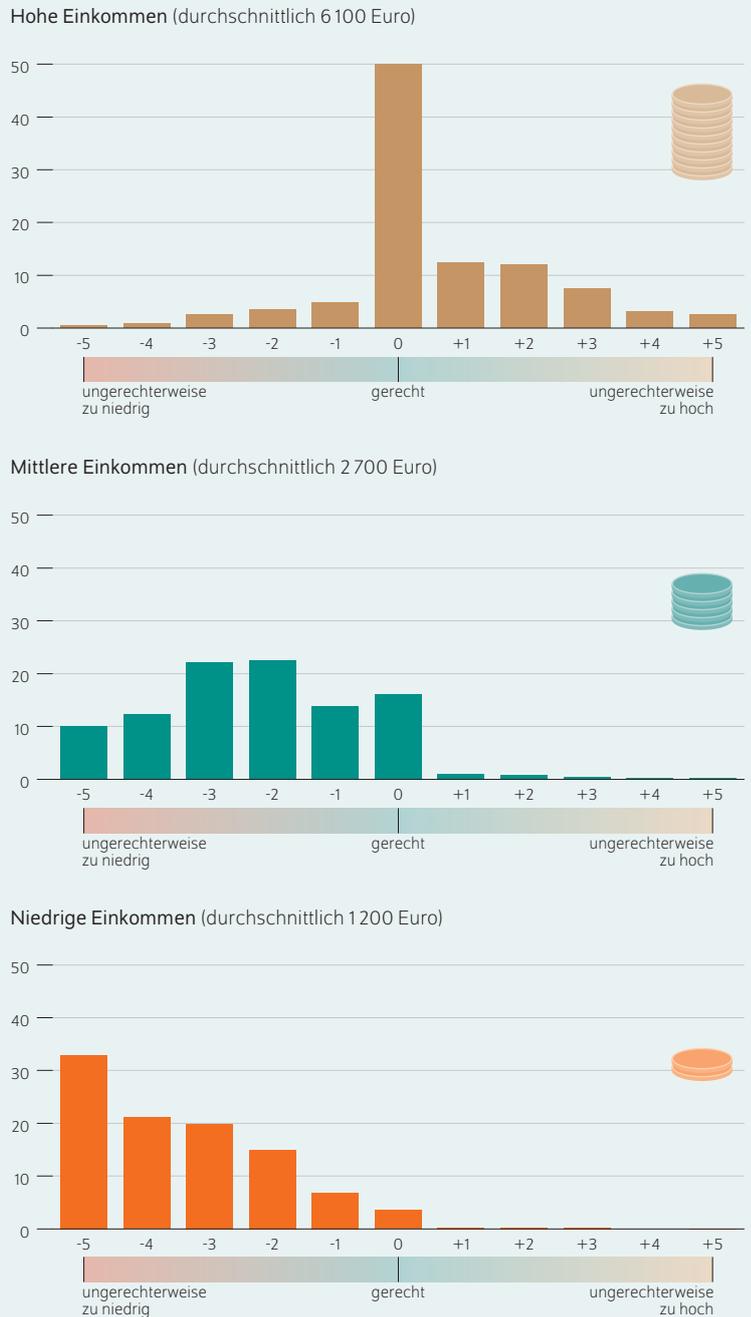
Empfundene Ungerechtigkeit geht mit Resignation am Arbeitsplatz und Verzicht auf politische Teilhabe einher

Beschäftigte in Deutschland nehmen Ungleichheiten wahr, die sie als ungerecht empfinden. Welche Folgen sich daraus ergeben können, hängt davon ab, ob das eigene Erwerbseinkommen oder die Einkommensverteilung in der Gesellschaft als ungerecht wahrgenommen wird. Es liegt nahe, dass die empfundene Ungerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens eher individuelle Reaktionen hervorruft. Tatsächlich zeigt die Forschung, dass als ungerecht wahrgenommene Erwerbseinkommen dazu führen, dass Personen ihre Leistungen am Arbeitsplatz reduzieren und sich weniger engagieren.⁴ Dies ist durchaus nachvollziehbar: Hat man den Eindruck, einen zu geringen Lohn für die erbrachte Arbeit zu erhalten, reduziert man die eigenen Anstrengungen im Beruf und passt diese an das niedrigere Belohnungsniveau an. Personen reagieren also so, dass sie das aus ihrer Sicht gerechte Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen wieder herstellen. Am Arbeitsplatz kann dies auch dazu führen, dass Personen den Betrieb entweder verlassen oder sich nur innerlich zurückziehen und keinerlei Engagement mehr zeigen.⁵

⁴ Siehe zum Beispiel Robert D. Pritchard, Marvin D. Dunnette und Dale O. Jorgenson (1972): Effects of perceptions of equity and inequity on worker performance and satisfaction, Journal of Applied Psychology, 56 (1), 75–94.
⁵ Siehe zum Beispiel Stefan Liebig und Jürgen Schupp (2008): Immer mehr Erwerbstätige empfinden ihr Einkommen als ungerecht, DIW Wochenbericht Nr. 31, 434–440 (online verfügbar, abgerufen am 27. August 2018).

Abbildung 2

Bewertung der Gerechtigkeit monatlicher Bruttoeinkommen In Prozent der Befragten



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von LINOS-2.

© DIW Berlin 2018

Die Hälfte der Befragten empfindet hohe Einkommen als gerecht, die überwältigende Mehrheit nimmt die niedrigen Einkommen als zu niedrig wahr.

Aber gilt dieser Zusammenhang auch dann, wenn man nicht sich selbst, sondern Andere als ungerecht entlohnt empfindet? Um diese Frage zu beantworten, wurde die Bedeutung von wahrgenommenen Ungerechtigkeiten in Bezug auf das eigene Einkommen und der Einkommensverteilung in der

Gesellschaft mit Hilfe der LINOS-Studie untersucht. Da hier Querschnittsdaten verwendet werden, ist eine Prüfung von kausalen Zusammenhängen nicht möglich. Gleichwohl können diese Daten Zusammenhänge aufzeigen, die auf kausale Effekte hinweisen. Im Mittelpunkt der Analyse stehen zwei mögliche Reaktionen: Die Reduzierung der Leistungen am Arbeitsplatz und die Bereitschaft, sich am politischen Willensbildungsprozess zu beteiligen. Letzteres ist gerade für die Debatten um mögliche politische Folgen wachsender Ungleichheiten wichtig, da die Beteiligung an Wahlen eine Möglichkeit ist, sich für die Verringerung von Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft einzusetzen. Andererseits kann wahrgenommene Ungerechtigkeit auch Resignation, das heißt einen Rückzug aus dem politischen Willensbildungsprozess, zur Folge haben.

Durch Regressionsanalysen kann der Effekt der wahrgenommenen Gerechtigkeit bei hohen, mittleren und niedrigen Einkommen sowie des eigenen Einkommens unabhängig voneinander untersucht werden (Tabelle 1). Die Analysen gehen der Frage nach, ob die Bewertung der Einkommensverteilung – neben der Bewertung des eigenen Einkommens – einen eigenständigen Effekt hat einerseits auf die berichtete Leistungszurückhaltung am Arbeitsplatz und andererseits auf die Intention, an der nächsten Bundestagswahl teilzunehmen.

Im Einklang mit der bisherigen Forschung zeigen die Ergebnisse aus Modell 1, dass Befragte, die in Bezug auf ihr eigenes

Einkommen eine stärkere ungerechte Unterbezahlung identifizieren, auch stärkere Leistungszurückhaltung am Arbeitsplatz berichten. Aber nicht nur die eigene ungerechte Entlohnungssituation spielt hier eine Rolle, sondern auch die Beobachtung, dass andere in der Gesellschaft ungerecht entlohnt werden. Während die wahrgenommene Gerechtigkeit der unteren und mittleren Einkommen keine Bedeutung für die Leistung am Arbeitsplatz hat, ist die Wahrnehmung, dass hohe Einkommen zu hoch sind, sehr wohl mit einer Leistungsreduktion verbunden.

Modell 2 zeigt, dass eine ungerechte Unterbezahlung in Bezug auf das eigene Einkommen auch die Wahrscheinlichkeit verringert, bei der nächsten Bundestagswahl wählen zu gehen. Auch die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung hat einen Effekt. Personen, die geringe Einkommen als zu niedrig empfinden, beteiligen sich eher *nicht* am politischen Willensbildungsprozess. Die Effekte zeigen, dass empfundene Ungerechtigkeiten zu politischer Resignation beitragen.

Für beide untersuchten Reaktionen zeigt sich demnach ein ähnliches Muster: Sowohl die wahrgenommene Ungerechtigkeit des eigenen Einkommens als auch Ungerechtigkeiten in der gesellschaftlichen Einkommensverteilung gehen mit einem Rückzug am Arbeitsplatz und einen Verzicht auf politische Teilhabemöglichkeiten einher.

Fazit: Politik muss empfundene Einkommensgerechtigkeit berücksichtigen und bei niedrigen Einkommen ansetzen

Politische Debatten zum Thema Ungleichheit sollten dringend berücksichtigen, welche Ungleichheiten überhaupt als ungerecht bewertet werden. Die vorliegende Analyse zeigt: Ungleichheiten werden nicht per se als ungerecht wahrgenommen. Würden Erwerbstätige das von ihnen als gerecht eingestufte Gehalt bekommen, würden jene mit mittleren und geringen Einkommen zwar mehr Erwerbseinkommen erhalten, die Streuung der Bruttoeinkommen und damit die Einkommensungleichheit in Deutschland würden aber auf dem gleichen Niveau bleiben.

Nicht nur die Bewertung der eigenen Situation, auch die Wahrnehmung der Einkommen anderer spielt zudem eine Rolle. Bewerten Erwerbstätige die Einkommen im oberen, mittleren und unteren Bereich der Einkommensverteilung in Deutschland, so stellen die Befragten bei den unteren und mittleren Einkommen eine zum Teil starke Unterbezahlung fest.

Die wahrgenommene Unterbezahlung am unteren Ende der Einkommensverteilung wird möglicherweise als ein Versagen des politischen Systems interpretiert. Dies geht tendenziell mit einem Rückzug aus dem politischen Willensbildungsprozess durch Wahlen einher. Die große Übereinstimmung bei der Bewertung geringer Einkommen legt nahe, dass politische Eingriffe in die Einkommensverteilung bei der Anhebung unterer Einkommen ansetzen

Tabelle

Schätzung der Effekte von empfundenen Ungerechtigkeiten auf die Leistung am Arbeitsplatz und die politische Teilhabe

	Modell 1: Leistungs-zurückhaltung ¹	Modell 2: Würde nicht zur Wahl gehen ²
Gerechtigkeitsbewertung ³		
Eigenes Einkommen	-0,187*** (0,023)	-0,130* (0,056)
Hohe Einkommen	0,056* (0,025)	0,056 (0,060)
Mittlere Einkommen	0,006 (0,026)	0,090 (0,060)
Niedrige Einkommen	0,013 (0,026)	-0,173* (0,086)
Kontrollvariablen		
Bildung (CASMIN)	-0,122*** (0,020)	-0,236*** (0,050)
Alter in Jahren	-0,012*** (0,003)	-0,036*** (0,009)
Geschlecht (1 = weiblich)	-0,161* (0,073)	0,044 (0,196)
(Pseudo-)R ²	6,70%	6,30%
N	2 417	2 417

Anmerkung: Modell 1: OLS-Regression. Modell 2: Logistische Regression (log odds). Standardfehler in Klammern. * p < 0,05, *** p < 0,001

- 1 Gemessen über die Zustimmung zu der Aussage: „Ich habe den Entschluss gefasst, am Arbeitsplatz nur noch das zu tun, was für die Erledigung meiner Arbeit unbedingt notwendig ist“. Die Antwortskala verläuft von „Trifft überhaupt nicht zu“ (1) bis „Trifft voll zu“ (7).
- 2 In LINOS-2 wurde nicht das tatsächliche Wahlverhalten, sondern die aktuell vorhandene Wahlabsicht erfragt. Die dichotome Variable gibt wieder, welche Befragte angaben, nicht an der nächsten Bundestagswahl teilnehmen zu wollen.
- 3 Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Bruttoeinkommens, sowie hoher, mittlerer und geringer Einkommen. Die Bewertung erfolgt auf einer elfstufigen Skala von (-5) „ungerechterweise zu niedrig“ über (0) „gerecht“ bis (+5) „ungerechterweise zu hoch“.

Quelle: LINOS-2.

sollten – die Einführung und Anhebung des Mindestlohns sind sicherlich erste bereits unternommene Schritte in diese Richtung.

Werden an der Spitze der Verteilung zu hohe Einkommen bezahlt, kann dies als Verletzung des Leistungsprinzips empfunden werden. Darauf verweisen auch die Debatten um überhöhte Gehälter, die auch dann gezahlt werden, wenn einzelne Spitzenmanager und Spitzenmanagerinnen ihrem Unternehmen zum Teil großen Schaden zugefügt haben. Damit wird für eine bestimmte Gruppe die Verknüpfung von Leistung und Belohnung außer Kraft gesetzt. Wenn man sich aber nicht darauf verlassen kann, dass die zentrale

Verteilungsregel in der Arbeitswelt für alle gilt, dann erhöht dies die Unsicherheit, ob die eigenen Anstrengungen tatsächlich angemessen vergütet werden. Es ist deshalb nur folgerichtig, wenn Beschäftigte sich zurückziehen und ihre Arbeitsleistung reduzieren. Und wenn man nicht erwarten kann, dass die eigenen Anstrengungen angemessen belohnt werden, fehlt auch der Anreiz für das eigene Engagement und für Investitionen in die eigene Leistungsfähigkeit. Hier ist weniger die Politik gefragt, sondern die Unternehmen, die selbst die Leidtragenden einer reduzierten Leistungsbereitschaft der Belegschaft sein dürften: Es liegt in ihrer Hand, gerade auch in den Chefetagen leistungsgerechte Gehälter zu zahlen.

Jule Adriaans ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | jadriaans@diw.de

Stefan Liebig ist Vorstandsmitglied und Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | sliebig@diw.de

JEL: D31, D63, M52

Keywords: earnings inequality, fair earnings, reactions to unfair earnings

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 37/2018:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 12. September 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;

Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach; Dr. Johannes Geyer

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter